Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 16 (1941)

Heft: 11

Artikel: Das Preis- und Lohnproblem in der Kriegszeit

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-101378

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vor neuen Entscheidungen

In den eidgenössischen Räten, in Kommissionen, an Generalversammlungen illustrer Gesellschaften, in der Presse aller Schattierungen, in Zeitschriften und Büchern, überall steht die Frage Lohn und Teuerung, Lohnerhöhung und Preiserhöhung zur Diskussion. Die Teuerung hat 30 Prozent überschritten, wobei Lebensmittel teilweise noch bedeutend stärker im Preise gestiegen sind. Die Lohnerhöhungen bleiben im Durchschnitt bei 8 bis 10 Prozent stecken, sind aber in vielen Fällen überhaupt noch unterblieben. Die Situation mahnt zum Aufsehen! Wissenschafter von Rang machen darauf aufmerksam, daß eine weitere, nicht durch entsprechende Maßnahmen kompensierte Geldentwertung für unser Land schwerste Folgen haben könnte. Politiker weisen darauf hin, daß das Ansteigen der Preise ohne entsprechende Erleichterungen für weite Kreise unseres Volkes Unruhe schaffen könnte.

Was ist zu tun?

In dieser Situation hat vorerst *Bundesrat Stampfli im Nationalrat* ein befreiendes Wort gesprochen, an das man sich wird halten können. Er sagte:

> *Die Teuerung ist bei 30 Prozent angelangt. Jede weitere Teuerung ist rücksichtslos zu bekämpfen. In erster Linie können nun die Arbeitgeber der Teuerung durch Lohnausgleich Rechnung tragen. Wir appellieren an ihre vaterländische Einsicht und erinnern sie daran, daß von ihrem Verhalten weitgehend der soziale Friede abhängt.*

An dieses Wort wird man sich zu halten haben. Das wird nicht ohne Opfer möglich sein, Opfer auf beiden Seiten. Die Lohnempfänger haben solche Opfer zum guten Teil schon in reichlichem Maße gebracht. Machen wir uns keine Illusionen: es werden die letzten Opfer noch nicht sein. Auch wenn der Krieg in absehbarer Zeit zu Ende gehen sollte, sind wir ärmer als zuvor. Aber auch die Arbeitgeberschaft hat Opfer zu übernehmen. Daß die Zeiten selbstherrlichen Schaffens vorbei sind, das hat auch sie inzwischen mit aller Deutlichkeit zu spüren bekommen. Darüber hinaus aber obliegt ihr heute die Pflicht, überhaupt nicht mehr in erster Linie die eigenen Interessen zu bedenken, sondern ihre Arbeit als Auftrag des Volksganzen aufzufassen und sich in ganz neuer Art verantwortlich zu fühlen für Betrieb und Arbeiterschaft.

Die Zeit ist ernst und unsere Lage ist ernster, als manche Kreise unseres Volkes es wahr haben möchten. Und darum auch wird von uns allen eine Einstellung und ein Verhalten verlangt, wie wir es wirklich bisher nicht gewohnt waren, und wie es uns vielleicht auch schwerfallen mag.

Nur aus dieser neuen Einstellung heraus wird sich die brennende Frage «Preise und Löhne» wirklich lösen lassen. Wir können kein Flickwerk brauchen. Was not tut, ist eine Lösung! Und alle sind zur Mitarbeit aufgerufen!

Das Preis- und Lohnproblem in der Kriegszeit

Von Dr. Max Weber

Mit dem Fortschreiten der Teuerung ist die Gestaltung der Preise und Löhne zu einem Problem von allgemeinem öffentlichem Interesse geworden, dessen Lösung eine Aufgabe von großer staatspolitischer und sozialer Bedeutung ist. Mit Recht wird daher heute in allen Kreisen diskutiert über das Ausmaß der Teuerung, über deren Ursachen, über die Notwendigkeit der Lohnanpassung, über die Frage, wie die Entwicklung bei langer Kriegsdauer weitergehen werde usw. Es soll versucht werden, diese Fragen im folgenden zu beantworten, soweit das im Rahmen eines kurzen Aufsatzes möglich ist.

Das Ausmaß der Teuerung

ist ersichtlich aus den beiden amtlich berechneten Preisindices. Der Index der *Großhandelspreise* gibt an, welche Preisveränderungen die wichtigsten Nahrungsmittel, Roh- und Hilfsstoffe monatlich im Großhandel erfahren, wobei die einzelnen Waren zu den Mengen eingesetzt werden, die ihrer Wichtigkeit für unsere Volkswirtschaft entsprechen. Seit Kriegsbeginn ist der Großhandelsindex um 78 Prozent gestiegen.

Der Index der *Kosten der Lebenshaltung* mißt die Veränderung eines bestimmten Haushaltverbrauchs unter der Wirkung der Preisveränderungen. Gewiß stimmt die Annahme eines unveränderten Verbrauchs mit den Tatsachen nicht überein, und der Index ist deswegen schon angefochten worden. Aber er ist das einzige Mittel, um die Preisverschiebungen zuverlässig zu ermitteln. Probeberechnungen haben übrigens gezeigt, daß das Ergebnis nicht wesentlich verschieden ist, auch wenn ein anders zusammengesetzter Haushaltverbrauch als Ausgangspunkt gewählt wird.

Von der Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch (Ende August 1939) bis heute (Ende September 1941) stieg der Gesamtindex der Lebenskosten um 29,9 Prozent. Am größten ist die Steigerung der Bekleidungskosten

mit 57 Prozent, an zweiter Stelle stehen die Nahrungskosten mit einer Verteuerung von 38 Prozent; es folgen die Brenn- und Leuchtstoffe mit einer Preiserhöhung von 27,5 Prozent. Der Index der Mietpreise ist dagegen um 0,2 Prozent zurückgegangen, was die Erhöhung des Gesamtindexes stark gebremst hat.

Die Ursachen der Preissteigerung

liegen in erster Linie in der Verteuerung der Zufuhr. Die Transportspesen für den Bezug von Getreide, Futtermitteln, Rohstoffen aus überseeischen Ländern nach der Schweiz sind infolge des Seekrieges zehn- bis fünfzehnmal so groß wie vor dem Kriege. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Großhandelspreise der aus dem Ausland bezogenen Güter um etwa 120 Prozent aufgeschlagen haben, diejenigen der Inlandprodukte dagegen «nur» um 46 Prozent.

Nun ist auch in den Preisen der inländischen Erzeugnisse ein Stück Auslandteuerung enthalten, da in diesen meistens auch ein Anteil ausländischer Rohstoffe oder Futtermittel steckt. Die Preissteigerung auf Inlandprodukten ist aber nach dem Urteil aller Fachleute zu groß, als daß sie allein durch die verteuerte Zufuhr erklärt werden könnte. Da normalerweise etwa ein Sechstel des Volkseinkommens für ausländische Produkte ausgegeben wird, müßte sich die Preiserhöhung der Auslandwaren zu einem Sechstel auf das Inland übertragen. Infolge der vorhandenen Vorräte sollte diese Verteuerung von etwa 20 Prozent (bei einer Importverteuerung von 120 Prozent) zudem erst mit einer Verspätung von einigen Monaten in den Kleinhandelspreisen zur Auswirkung kommen. Die Lebenskosten stiegen aber schon um 30 Prozent, also weit mehr als berechtigt war.

Es ist freilich noch zu berücksichtigen, daß auch im Inland eine begründete Verteuerung entstehen kann, wenn gewisse Produkte nur mit erhöhten Produktionskosten (Mehranbau von Getreide, Ersatzstoffe) erzeugt werden können. Doch wurde dieser Faktor bisher mehr als aufgewogen durch die Kostenverminderung, die sich aus den gestiegenen Umsätzen der ganzen Volkswirtschaft ergeben hat.

Die ungerechtfertigte Teuerung

entsteht dadurch, daß die Waren knapper werden, während die Nachfrage steigt. Der Preiskontrolle ist zwar die Aufgabe überbunden, unberechtigte Preisaufschläge zu verhindern. Das ist ihr aber nur teilweise gelungen. Durch die Einräumung des Wiederbeschaffungspreises in gewissen Fällen wurden zusätzliche Gewinne zugelassen. In andern Fällen wurden vom Bundesrat über die Preiskontrollstelle hinweg Preise festgesetzt (Landwirtschaft).

Ferner ist zu beachten, daß auch die schärfste Preiskontrolle die Preise nicht niedrig halten kann, wenn die Nachfrage das Angebot weit übersteigt. In diesem Falle sollte, soweit nicht die verfügbare Warenmenge vermehrt werden kann, die Nachfrage gedrosselt werden einerseits durch einschneidende Rationierung, anderseits durch Beschränkung der Einkommen (Steuern). Auf diese Weise kann die *Nachfrage planmäßig eingeschränkt* werden, das heißt dort, wo das erträglich ist, bei den hohen und mittleren Einkommen, während die unteren Einkommensklassen geschont werden. Wird das unterlassen, so setzt sich die Einschnürung der Nachfrage zwangsmäßig durch, eben auf dem Wege einer ungerechtfertigten Teuerung, die den Konsum von unten her einschränkt, also auf dem allerungerechtesten Wege.

Eines der wichtigsten Mittel, um

eine gerechte Verteilung der Lasten

zu erzielen, ist die *Steuerpolitik*. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß gegenwärtig 1 bis 1½ Milliarden Franken pro Jahr für die militärische Landesverteidigung verwendet werden. Davon sollte ein möglichst großer Teil durch Steuern während der Kriegszeit gedeckt werden. Werden diese Ausgaben einfach durch die Nationalbank oder durch Kredite anderer Banken finanziert, wobei sonst nicht verwendetes Geld in den Verkehr kommt, so entsteht eine Aufblähung des Geldumlaufs (Inflation), die die Preise in die Höhe treibt und eben die erwähnte ungerechtfertigte Teuerung erzeugt.

Die eidgenössische Steuerpolitik war bisher ganz ungenügend. Die Kriegsgewinnsteuer ist viel zu zahm und läßt die Entstehung großer Mehrgewinne gegenüber der Vorkriegszeit zu. Die Wehrsteuer belastet die hohen Einkommen sozusagen nicht stärker als die bisherige Krisenabgabe. Die Umsatzsteuer trifft die untersten Volksschichten am härtesten. Einzig das Wehropfer bringt eine bedeutende Mehreinnahme ein auf gerechtem Wege.

Die bisherige Wirtschafts- und Finanzpolitik hat es zugelassen, daß es einer Gruppe in unserem Volk besser geht als vor dem Kriege, obschon das Volk als Ganzes zu Einschränkungen gezwungen ist. Der andere Teil hat daher um so größere Opfer zu bringen. Davon werden hauptsächlich

die Lohnempfänger

betroffen. Sie sind heute gegenüber denen, die Waren produzieren und verkaufen können, im großen Nachteil, da sie ihre Löhne und Gehälter der Preissteigerung nicht oder nur in sehr geringem Ausmaße anpassen können. Nach amtlichen Erhebungen sind in der Industrie seit Kriegsbeginn im Durchschnitt Lohnerhöhungen von etwa 10 Prozent gewährt worden. Das heißt, daß sich die *Reallöhne um annähernd 20 Prozent vermindert* haben. Für alle jene Arbeiter, deren Einkommen schon vorher kaum über das Existenzminimum hinausging, schafft das eine unerträgliche Lage.

Freilich hat die Arbeiterschaft anerkannt, daß die Reallöhne in der Kriegszeit nicht auf der Vorkriegshöhe gehalten werden können. Die Kosten der verteuerten Zufuhr und Ersatzstofferzeugung können nicht einfach überwälzt werden, sonst würde ein Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen entstehen. Dagegen muß die *ungerechtfertigte Teuerung,* die den Warenbesitzern Mehrverdienste verschafft, im Durchschnitt

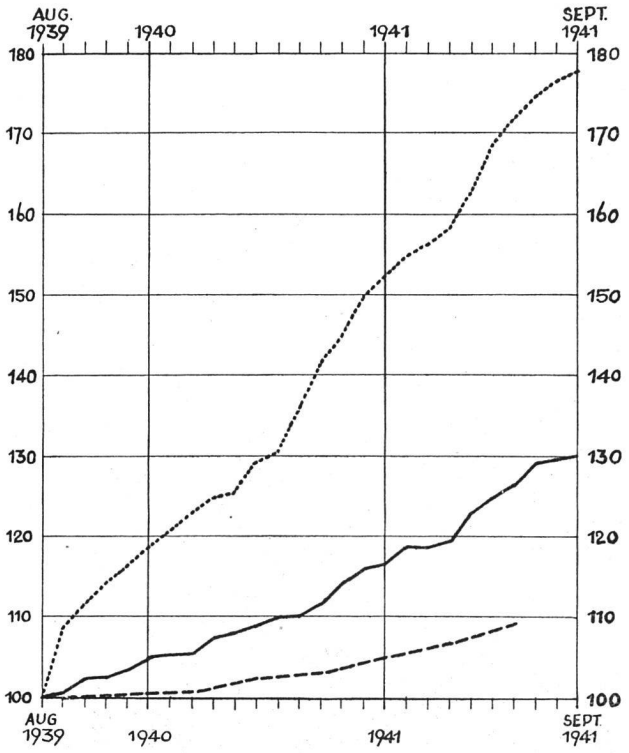
für die Lohnempfänger *ausgeglichen* werden, denn nur so kann das ihnen zugefügte Unrecht wieder gutgemacht werden. Das wird auch von einer vom Volkswirtschaftsdepartement eingesetzten Kommission von Sachverständigen anerkannt. Dabei entspricht es der sozialen Gerechtigkeit, daß die unteren Löhne einen größeren prozentualen Ausgleich erfahren, als die höheren; ja, bei sehr niedrigen Löhnen wird sich ein gänzlicher Teuerungsausgleich rechtfertigen.

Leider erfolgt die Verteilung der Lasten in Wirklichkeit nicht nach gerechten Grundsätzen, sondern sehr häufig ist es

eine Machtfrage,

wie die verschiedenen Einkommensklassen bedacht werden. Jene Kreise, die an der Quelle sitzen, haben es leicht, sich ohne großen Lärm einen guten Anteil am Gesamteinkommen zu verschaffen. Auch die Landwirtschaft, der sicher jedermann einen angemessenen Verdienst für die harte Arbeit gönnen mag, nützt heute ihre Macht ungebührlich aus. Wenn dann aber auch die Lohnarbeiter zu rufen beginnen und sich ihrer Haut wehren wollen, so entrüsten sich gewisse Leute und predigen «Einigkeit und Opferwillen».

Niemand wird bestreiten können, daß es der Schweiz bisher relativ sehr gut gegangen ist. Es ist auch leicht, zu prophezeien, daß es uns heute noch besser geht, als in 6 oder 12 Monaten. Das Schweizervolk ist auch sicher bereit, noch weit größere Opfer als bisher zu bringen, wenn sie notwendig werden zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit. Allein, die selbstverständliche Voraussetzung ist, daß die *Opfer nach der Tragfähigkeit verteilt* werden. Nichts könnte verhängnisvoller wirken und gefährlicher werden für unsere Selbstbehauptung, als wenn die Klassenscheidung, die ja schon vor dem Kriege vorhanden war, sich gegenwärtig noch verschärfen würde. Das 650. Jubiläum der Eidgenossenschaft legt uns Verpflichtungen auf. Die vornehmste Pflicht aber ist, dafür besorgt zu sein, daß die Opfer, die unser Land auf sich nehmen muß, gerecht auf alle Schultern verteilt werden.



..... Index der Großhandelspreise
——— Index der Lebenshaltungskosten
------- Löhne in der Industrie: Lohnerhöhungen im Durchschnitt aller Arbeiter in Prozenten

Für die Übernahme von Preiserhöhungen durch den Bund

Dem «Schweizerischen Konsumverein» entnimmt man, daß der Verband schweizerischer Konsumvereine eine erneute Eingabe an den Bund gerichtet und darin eine Reihe von Postulaten zugunsten der durch die Teuerung besonders betroffenen Volkskreise aufgestellt hat. Die Eingabe nimmt Bezug auf die Tatsache, daß zwar die Vollmachtenkommission der eidgenössischen Räte die Übernahme der Milchpreiserhöhung durch den Bund empfahl, daß aber die eidgenössischen Räte diese Forderung abgelehnt und die Milchpreiserhöhung auf die Konsumenten abgewälzt haben. Die Eingabe des VSK. betont, daß alle die Preiserhöhungen auf Milch, Käse und Butter, von denen die letztern später erfolgen werden, aber auch diejenigen auf Kartoffeln und weitere Lebens- und Bedarfsartikel im Zusammenhang betrachtet werden müssen. Der VSK. betont weiter, daß immer weitere Kreise vor der Gefahr stehen, einer *Unterernährung* nicht mehr länger ausweichen zu können. Gerade in denjenigen Kreisen aber, die bisher geduldig im Interesse der innern Geschlossenheit unseres Landes die Teuerung getragen hätten, mache sich nach und nach eine steigende, aber begreifliche Nervosität bemerkbar, die leicht zu unerwünschten sozialen Spannungen führen könne. Der VSK. wiederholt daher seine Postulate:

1. Der Brotpreis soll auch im Frühjahr 1942 oder später unter keinen Umständen für den Konsumenten erhöht werden.
2. Für Milchprodukte, wie Butter und Käse, sollen, sofern eine Preiserhöhung für den Produzenten nicht umgangen werden kann, die Konsumenten nicht weiter belastet werden.
3. Die Milch wird gemäß behördlicher Zusage bis zum 31. Oktober 1942 keine weitere Preiserhöhung erfahren.
4. Es sollte erneut geprüft werden, ob in der Kartoffelpreisfestsetzung nicht doch noch eine Erleichterung für den Konsumenten erreicht werden kann.
5. In bezug auf die Obstpreise ist alles anzuordnen, damit es auch dem Minderbemittelten ermöglicht wird, Obst zu konsumieren; es sollten Vorkehren getroffen werden, damit die amtlichen Richtpreise unter allen Umständen respektiert werden.
6. Die Kosten, die durch Darniederhaltung der Konsumentenpreise entstehen, sollen vom Bunde übernommen werden in der Weise, daß er sich für die Deckung dieser Belastung durch entsprechende steuerliche Heranziehung der finanzkräftigen Bevölkerungskreise schadlos halten soll.